

# **Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken**



**Geschäftsverteilung 2020**

<b>Richterliche Geschäftsverteilung für das Geschäftsjahr 2020 .....</b>	<b>1</b>
1. Zivilsenat .....	3
2. Zivilsenat .....	4
3. Zivilsenat .....	6
4. Zivilsenat .....	7
5. Zivilsenat .....	9
6. Zivilsenat .....	11
7. Zivilsenat .....	14
8. Zivilsenat .....	15
9. Zivilsenat .....	16
1. Strafsenat / Senat für Bußgeldsachen .....	16
2. Strafsenat .....	17
Zuständigkeit für nicht verteilte Geschäfte .....	18
Notarsenat .....	18
Verteilung der richterlichen Geschäfte innerhalb der Senate / Übergangsregelung / Zuständigkeitsabgrenzung .....	19
Vertretung der Richter .....	22
Güterichter .....	25

**Richterliche Geschäftsverteilung für das Geschäftsjahr 2020**

**I.**

**Das Präsidium des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken nimmt davon Kenntnis, dass**

- ausweislich des Schreibens des JM vom 29.11.2019 weiterhin 9 Zivilsenate, 2 Strafsenate und ein Senat für Notarsachen eingerichtet sind, und dass 2 Zivilsenate auch als Familiensenate tätig sein sollen,
- sich der Präsident weiter dem 3. Zivilsenat anschließt,
- neben PräsOLG Thurn und VzPräsOLG Petry die nachfolgend aufgeführten Richter neben ihrer Rechtsprechungstätigkeit in ihrem Einverständnis auch mit Verwaltungsaufgaben betraut sind:
  - o VRinOLG Schraut
  - o ROLG Dr. Kießling
  - o RinOLG Reuter
  - o RinOLG Dr. Weimer
  - o ROLG Schöpfer
  - o RinOLG Kießling;
- Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Burger mit Ablauf des 31.12.2019 in den Ruhestand tritt und die Stelle voraussichtlich im Januar 2020 neu besetzt wird;
- Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Reichling mit Ablauf des 31.01.2020 in den Ruhestand versetzt wird und die Stelle voraussichtlich im 1. Quartal 2020 neu besetzt wird;

- Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Geisert mit Ablauf des 31.05.2020 in den Ruhestand versetzt wird und diese Stelle voraussichtlich im 2. Quartal 2020 neu besetzt wird;
- die Abordnung von RinLG Scheidel zum Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken mit Ablauf des 31.12.2019 endet;
- folgende Richterinnen und Richter an das Pfälzische Oberlandesgericht Zweibrücken abgeordnet sind:
  - o RLG Dr. Schäfer weiterhin bis 31.03.2020
  - o RinAG Zinnow weiterhin bis 30.04.2020
  - o RAG Edrich vom 01.01. bis 31.07.2020;und RinAG Zinnow und RAG Edrich mit einem Teil ihrer Arbeitskraft auch Aufgaben der IT-Gruppe des Pfälzischen Oberlandesgerichts wahrnehmen;
- Richter am Landgericht Dr. Kappel bis 14.03.2020 mit 50 v. H. des regelmäßigen Dienstes an das Pfälzische Oberlandesgericht abgeordnet ist und in diesem Umfang Aufgaben der IT-Gruppe des Pfälzischen Oberlandesgerichts wahrnimmt;
- ROLG Schöpfer weiterhin mit einem Teil seiner Arbeitskraft Aufgaben der IT-Gruppe des Pfälzischen Oberlandesgerichts wahrnimmt;
- ROLG Schöpfer, ROLG Pohlitz und RinOLG Dr. Weimer wegen ihrer Mitarbeit in Projektteams im Rahmen von eJustice mit einem Arbeitskraftanteil von jeweils 20 v. H. zu entlasten sind;
- VRinOLG Schraut Teilzeitbeschäftigung mit 50 v. H. des regelmäßigen Dienstes gewährt ist und Prof. Dr. Spannowsky sowie Prof. Dr. Hassemer das Richteramt im zweiten Hauptamt ausüben (jeweils mit ca. 10 v. H.);
- die Verbescheidung von Anträgen nach § 299 Abs. 2 ZPO den Vorsitzenden der jeweils betroffenen Senate vorbehalten bleiben soll.

## II.

Das Präsidium beschließt gemäß § 21 e Abs. 1 GVG über die Besetzung der Senate, die Verteilung des Vorsitzes und die Zuständigkeit wie folgt:

Soweit nach § 119 a GVG Spezialsenate zu bilden sind, werden die Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften nach Satz 1 Nr. 1 dem 7. Zivilsenat, die Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen, nach Satz 1 Nr. 2 und die Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen nach Satz 1 Nr. 3 dem 5. Zivilsenat und die Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen nach Satz 1 Nr. 4 dem 1. Zivilsenat zugewiesen.

1. **1. Zivilsenat - zugleich Spezialsenat nach § 119 a Satz 1 Nr. 4 GVG**  
(Kennzahl: 10)

1.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Geisert
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Urbany
- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -	
Richter am Oberlandesgericht	Dr. Kießling
- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -	
Richter am Landgericht	Dr. Schäfer

1.2 Dem 1. Zivilsenat sind zugewiesen:

1.2.1 die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche

- a) aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, Luftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind und aus sonstigen Unfällen, die sich auf öffentlichen Verkehrsflächen im Zusammenhang mit der Teilnahme am öffentlichen Verkehr ereignet haben, soweit sie nicht ausschließlich auf Vertrag gestützt werden;

- b) aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht und in Bezug auf Bahngelände des öffentlichen Verkehrs, sowie aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht;
- 1.2.2 die Rechtsstreitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen (§ 119 a Satz 1 Nr. 4 GVG) einschließlich der richterlichen Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung sowie der Beschwerden wegen Aussetzung nach §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO;
- 1.2.3 die Rechtsstreitigkeiten, in denen der Schwerpunkt der Entscheidung
  - a) auf verkehrsrechtlichem Gebiet,
  - b) auf dem Gebiet des Versicherungsvertragsrechts oder
  - c) auf dem Gebiet des deutschen Währungsrechtsliegt.
- 1.2.4 Die Zuständigkeit des Senats unter 1.2.1 bis 1.2.3 umfasst auch Ausgleichs- und Rückgriffsansprüche.
- 1.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 1. Zivilkammer des Landgerichts Zweibrücken, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

2. **2. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 11, Familiensache: 21)

- 2.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Reichling
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Geib-Doll
Richterin am Oberlandesgericht	Reuter

- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

Richter am Oberlandesgericht Scherer  
- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -

- 2.2 Dem 2. Zivilsenat sind zugewiesen:
- 2.2.1 die Rechtsstreitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz, soweit es sich um Grundstücke und dingliche Rechte an Grundstücken handelt;
  - 2.2.2 die Rechtsstreitigkeiten nach dem Landbeschaffungsgesetz vom 23.02.1957 (BGBl. I S. 134);
  - 2.2.3 Haftungs- und Honorarstreitigkeiten in Familiensachen (vgl. 14.6);
  - 2.2.4 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche gegen Steuerberater, Rechtsanwälte - soweit sie steuerlich beratend tätig werden -, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und/oder Vereinigungen derselben sowie gegen Lohnsteuerhilfevereine (§ 4 Nr. 11 StBerG) oder solche, die von diesen Personen oder Vereinigungen geltend gemacht werden, wenn die jeweiligen Ansprüche durch deren berufliche Beratungs-, Prüfungs- oder Geschäftsbesorgungstätigkeit veranlasst sind. Dies gilt auch dann, wenn solche Ansprüche von oder gegen Rechtsnachfolger der Vorgenannten oder von oder gegen Parteien kraft Amtes geltend gemacht werden;
  - 2.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen aus dem Landgerichtsbezirk Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
  - 2.2.6 als Familiensenat:
    - a) die Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der Amtsgerichte Bad Dürkheim, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Weinstraße, Kaiserslautern, Kusel, Landau in der Pfalz - ohne Zweigstelle Bad Bergzabern - und Pirmasens als Familiengerichte;

- b) die Entscheidungen über die Ablehnung oder Selbstablehnung eines Familienrichters der Amtsgerichte Bad Dürkheim, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Weinstraße, Kaiserslautern, Kusel, Landau in der Pfalz - ohne Zweigstelle Bad Bergzabern - und Pirmasens;
- c) die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach §§ 36 ZPO, 5 FGG, 5 FamFG, wenn eines der Amtsgerichte - Familiengerichte - Bad Dürkheim, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Weinstraße, Kaiserslautern, Kusel, Landau in der Pfalz - ohne Zweigstelle Bad Bergzabern - oder Pirmasens beteiligt ist.  
Sind Amtsgerichte beteiligt, für deren Rechtsmittel unterschiedliche Familiensenate zuständig sind, kommt es auf das vorliegende Amtsgericht an;
- d) die Beschleunigungsbeschwerden nach § 155 c Absatz 2 Satz 2 FamFG, soweit der 6. Zivilsenat nach § 155 b Absatz 2 Satz 1 FamFG über die Beschleunigungsrüge entschieden hat.

3. **3. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 13)

3.1 Besetzung:

Präsident des Oberlandesgerichts	Thurn
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Reuter
Richterin am Oberlandesgericht	Dr. Weimer
Richter am Oberlandesgericht	Schöpfer
Richterin am Oberlandesgericht	Kießling
- jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -	

3.2 Dem 3. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 3.2.1 alle Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte und Landgerichte, über die nach Bundes- oder Landesrecht in dem Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit bzw. nach dem FamFG zu entscheiden ist, soweit sie nicht dem 2. oder 6. Zivilsenat als Familiensenat oder dem 4., 6. oder 8. Zivilsenat zugewiesen sind;



- 3.2.2 die Beschwerden gegen Entscheidungen, durch die ein Ablehnungsgesuch gegen Richter zurückgewiesen worden ist (§ 46 Abs. 2 ZPO), sowie die Entscheidungen über Ablehnungsgesuche, wenn ein Landgericht durch Ausscheiden abgelehnter Richter beschlussunfähig geworden ist (§ 45 Abs. 3 ZPO), soweit diese Beschwerden und Entscheidungen nicht dem 2., 4. oder 6. Zivilsenat zugewiesen sind;
- 3.2.3 die Beschwerden nach § 181 Abs. 3 GVG in bürgerlich-rechtlichen Verfahren;
- 3.2.4 als Senat für Wertpapierbereinigung:  
alle Beschwerden auf dem Gebiet des Wertpapierbereinigungsrechts (einschließlich der Entscheidungen nach § 57 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 02.11.1957 - BGBl. I S. 1747);
- 3.2.5 Wahlanfechtungen nach § 21 b Abs. 6 GVG;
- 3.2.6 Musterverfahren nach § 6 des Gesetzes zur Einführung von Kapitalanleger-Musterverfahren (KapMuG);
- 3.2.7 erstinstanzliche Freigabeverfahren nach dem Aktiengesetz und Umwandlungsgesetz (§§ 246 a, 319 AktG, § 16 UmwG);
- 3.2.8 richterliche Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung einschließlich der Beschwerden wegen Aussetzung gemäß §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO, die keine Streitigkeit im Sinne des § 119 a Satz 1 GVG betreffen, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.

4. **4. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 14, Wiedergutmachung: 16)

- 4.1 Besetzung:

Vizepräsident des Oberlandesgerichts	Petry
Richter am Oberlandesgericht	Christoffel

(stv. Vorsitzender)

- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -

Richter am Oberlandesgericht

Schwarz

- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -

Richter am Oberlandesgericht

Prof. Dr. Hassemer

4.2 Dem 4. Zivilsenat sind zugewiesen:

4.2.1 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der Landgerichte des Bezirks in Rechtsstreitigkeiten - mit dem Schwerpunkt der Entscheidung

- a) aus Gebrauchsmuster-, Kennzeichen- und Gemeinschaftsmarkenrechten und Verträgen über diese Rechte;
- b) aus Verträgen über Patentrechte und technische Betriebsgeheimnisse;
- c) aus dem literarischen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder photographischen Urheberrecht, dem Verlagsrecht oder aus Verträgen über diese Rechte;
- d) über das Recht am eigenen Bild;
- e) aus dem Recht an Filmwerken und aus Abkommen, die dieses Recht betreffen;
- f) aus Designrechten;
- g) aus dem Warenzeichenrecht;
- h) aus dem Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt, sowie aus dem Recht an der Bezeichnung einer Druckschrift;
- i) aus dem unlauteren Wettbewerb;

- j) auf Grund des Gesetzes über den Schutz von Pflanzensorten (Sortenschutzgesetz);
  - k) auf Grund des Gesetzes über den Schutz der Topographien von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz);
- 4.2.2 Beschwerden gegen richterliche Anordnungen gemäß § 101 Abs. 9 UrhG;
- 4.2.3 die Rückerstattungssachen;
- 4.2.4 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen aus dem Landgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 4.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind,
- 4.2.6 als Senat für Landwirtschaftssachen:  
Rechtsmittel in Landwirtschaftssachen und nach § 29 Abs. 2 des Landesgesetzes über die Höfeordnung (HO - RhPf), Entscheidungen über die Ablehnung oder Selbstablehnung eines Richters in Landwirtschaftssachen und in Verfahren nach der Höfeordnung.

5. **5. Zivilsenat - zugleich Spezialsenat nach § 119 a Satz 1 Nr. 2 und Nr. 3 GVG**  
(Kennzahl: 17)

5.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Kratz
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Bastian-Holler
Richter am Oberlandesgericht - mit einem Teil seiner Arbeitskraft -	Scherer
Richterin am Amtsgericht	Zinnow

- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

5.2 Dem 5. Zivilsenat sind, soweit nicht bereits als Spezialmaterie nach § 119 a Satz 1 Nr. 2 oder Nr. 3 GVG erfasst, zugewiesen:

5.2.1 Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche (auch wenn diese auf Amtspflichtverletzung gestützt werden, einschließlich der Regressansprüche des Dienstherrn) aus

- Heilbehandlung an Mensch und Tier sowie über Ansprüche aus nicht auf Heilbehandlung gerichteter medizinischer oder tiermedizinischer Untersuchung, Behandlung oder Begutachtung einschließlich der richterlichen Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung sowie der Beschwerden wegen Aussetzung nach § 148 Abs. 2, § 613 Abs. 2 ZPO;
- §§ 84 ff. des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln;
- kosmetischer Behandlung (einschließlich Piercing, Tätowierung u. dgl.);
- der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit im Rahmen der Erbringung ambulanter oder stationärer Pflegeleistungen.

5.2.2 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen einschließlich der richterlichen Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung sowie der Beschwerden wegen Aussetzung nach § 148 Abs. 2, § 613 Abs. 2 ZPO;

5.2.3 Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der 2. Kammer für Handelssachen des Landgerichts Frankenthal (Pfalz) und der 4. Zivilkammer des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

5.2.4 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Zweibrücken, sowie sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.

6. **6. Zivilsenat**

(Kennzahl: 19, Familiensache: 20)

6.1 Besetzung:

Vorsitzende/r Richter/in am Oberlandesgericht	N.N.
- mit einem Teil seiner/ihrer Arbeitskraft -	
Richter am Oberlandesgericht	Landes
(stv. Vorsitzender)	
Richterin am Oberlandesgericht	Krämer
- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -	
Richter am Oberlandesgericht	Prof. Dr. Spannowsky

6.2 Dem 6. Zivilsenat sind zugewiesen:

6.2.1 Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche

- a) wegen Amtspflichtverletzung, soweit nicht die Zuständigkeit des 1. oder 5. Zivilsenats gegeben ist, ausgenommen Notarhaftung;
- b) aus Aufopferung, Enteignung oder enteignungsgleichen Eingriffen einschließlich der Ansprüche nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen;
- c) wegen Verletzung einer öffentlich-rechtlichen Verwahrungspflicht einschließlich sich daraus ergebender Ausgleichsansprüche des Staates und öffentlich-rechtlicher Körperschaften;
- d) gegen die öffentliche Hand wegen Verletzung der Gewässerunterhaltungspflicht;
- e) der Bundesrepublik Deutschland, der Länder, Gemeinden oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Ausgleich oder Schadensersatz gegen ihre Richter, Beamten oder sonstigen Bediensteten, ausgenommen gegen Notare;

- f) aus Grundstückskaufverträgen, die zur Abwendung der Enteignung geschlossen wurden, sowie auf Rückabwicklung solcher Verträge, auch wenn die Ansprüche im Wege der Einwendung geltend gemacht werden, sowie aus Verträgen, in denen es um die Projektierung, Entwicklung oder Durchführung von Baugebieten geht, es sei denn, dass werkvertragliche Elemente überwiegen;
  - g) aus dem Gesetz vom 10.12.1990 über die Umwelthaftung, soweit nicht weitergehende Ansprüche auf Grund anderer Vorschriften (§ 18 Abs. 1 UmweltHG) geltend gemacht werden oder ein anderes Rechtsgebiet den eigentlichen Gegenstand des Streites bildet;
- 6.2.2 Verfahren gemäß §§ 198 ff. GVG,  
liegt einem Verfahren eine Streitigkeit zugrunde, die bei dem 6. Zivilsenat anhängig war, tritt an seine Stelle der 1. Zivilsenat. War die Streitigkeit auch bei dem Vertreterssenat anhängig, tritt an seine Stelle der gemäß Ziffer 15 in erster Linie berufene Zivilsenat;
- 6.2.3 Beschwerden und weitere Beschwerden in Gebühren- und Kostensachen (auch in Landwirtschaftssachen) ausgenommen Beschwerden betreffend Kostengrundentscheidungen und Streitwertfestsetzungen;
- 6.2.4 die Entscheidungen des Oberlandesgerichts über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen werden (§§ 23 ff. EGGVG);
- 6.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 6.2.6 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 5. Zivilkammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

- 6.2.7 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 3. Zivilkammer des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 6.2.8 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 6.2.9 als Familiensenat:
- a) die Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der Amtsgerichte Frankenthal (Pfalz), Grünstadt, Speyer, Rockenhausen, Germersheim, Kandel, Landau in der Pfalz - Zweigstelle Bad Bergzabern -, Landstuhl und Zweibrücken als Familiengerichte;
  - b) Beschwerden und weitere Beschwerden in Gebühren- und Kostensachen ausgenommen Beschwerden betreffend Kostengrundentscheidungen und Streitwertfestsetzungen;
  - c) die Entscheidungen über die Ablehnung oder Selbstablehnung eines Familiengerichters der Amtsgerichte Frankenthal (Pfalz), Grünstadt, Speyer, Rockenhausen, Germersheim, Kandel, Landau in der Pfalz - Zweigstelle Bad Bergzabern -, Landstuhl und Zweibrücken;
  - d) die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach §§ 36 ZPO, 5 FGG, 5 FamFG, wenn eines der Amtsgerichte - Familiengerichte - Frankenthal (Pfalz), Grünstadt, Speyer, Rockenhausen, Germersheim, Kandel, Landau in der Pfalz - Zweigstelle Bad Bergzabern -, Landstuhl oder Zweibrücken beteiligt ist. Sind Amtsgerichte beteiligt, für deren Rechtsmittel unterschiedliche Familiensenate zuständig sind, kommt es auf das vorlegende Amtsgericht an;
  - e) die Beschleunigungsbeschwerden nach § 155 c Absatz 2 Satz 2 FamFG, soweit der 2. Zivilsenat nach § 155 b Absatz 2 Satz 1 FamFG über die Beschleunigungsrüge entschieden hat.

7. **7. Zivilsenat - zugleich Spezialsenat nach § 119 a Satz 1 Nr. 1 GVG**  
(Kennzahl: 22)

7.1 Besetzung:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Simon-Bach

Richter am Oberlandesgericht Pees

(stv. Vorsitzender)

- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -

Richterin am Oberlandesgericht Urbany

- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

Ihre Tätigkeit im 1. Zivilsenat geht vor.

7.2 Dem 7. Zivilsenat sind, soweit nicht bereits als Spezialmaterie nach § 119 a Satz 1 Nr. 1 GVG erfasst, zugewiesen:

7.2.1 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten, an denen eine Bank, eine Sparkasse, ein Kredit- oder ein Finanzinstitut beteiligt ist und Ansprüche aus den in § 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 1 a Satz 2 KWG genannten Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen betroffen sind;

7.2.2 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche von Kreditinstituten (einschließlich Bausparkassen) - oder gegen solche - aus deren gewerblicher Tätigkeit, wenn der Schwerpunkt auf dem Gebiet des Bankrechts oder des Gesellschaftsrechts liegt, auch wenn diese Ansprüche an Dritte abgetreten wurden;

7.2.3 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten über Darlehensverträge zwischen einem Unternehmer als Darlehensgeber und einem Verbraucher als Darlehensnehmer (§§ 491 ff., 13, 14, 607 ff. BGB);

7.2.4 Richterliche Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung einschließlich der Beschwerden wegen Aussetzung nach § 148 Abs. 2, § 613 Abs. 2 ZPO, die eine



Streitigkeit aus Bank- und Finanzgeschäften nach § 119 a Satz 1 Nr. 1 GVG betreffen,

- 7.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen aus dem Landgerichtsbezirk Landau in der Pfalz einschließlich der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 7.2.6 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 4. und der 8. Zivilkammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 7.2.7 von den Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind, jedes zweite eingehende Verfahren, jeweils beginnend mit dem ersten eingehenden Verfahren.

8. **8. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 24)

8.1 Besetzung:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht	Schraut
- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -	
Richter am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzender)	Süs
Richterin am Oberlandesgericht	Heid

8.2 Dem 8. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 8.2.1 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 3. und 4. Zivilkammer und der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Zweibrücken, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

8.2.2 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 7. Zivilkammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

8.2.3 Beschwerden in Nachlasssachen nach dem FamFG, soweit sie ab dem 01.09.2009 erstinstanzlich eingeleitet wurden.

9. **9. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 25)

9.1 Besetzung:

Präsident des Oberlandesgerichts	Thurn
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Reuter
Richterin am Oberlandesgericht	Kießling

- jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

9.2 Dem 9. Zivilsenat sind zugewiesen:

9.2.1 die Verfahren nach dem Spruchverfahrensgesetz;

9.2.2 die Bestimmung des zuständigen Gerichts - soweit nicht dem 2. oder 6. Zivilsenat zugewiesen - bzw. des zuständigen Spruchkörpers im Sinne von §§ 72 a und 119 a GVG sowie Entscheidungen nach § 159 GVG in bürgerlich-rechtlichen Verfahren und die Bestellung zum Vollstreckungsgericht nach § 2 ZVG;

9.2.3 die Beschwerden, welche die Klauselerteilung oder die Zwangsvollstreckung zum Gegenstand haben, vorbehaltlich der Zuständigkeit des 2. oder 6. Zivilsenats (Familiensachen) sowie des 4. Zivilsenats (Landwirtschaftssachen) und ausgenommen die Entscheidungen über die Einstellung der Zwangsvollstreckung in laufenden Rechtsstreitigkeiten, insbesondere Beschwerden gegen Beschlüsse, die auf Grund der §§ 769, 771 Abs. 3 ZPO ergangen sind; insoweit entscheidet der für die Hauptsache zuständige Zivilsenat.

10. **1. Strafsenat / Senat für Bußgeldsachen**

(Kennzahl in Strafsachen: 1001, in Bußgeldsachen: 2001)

10.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Wilhelm
Richter am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzender)	Pohlit
Richter am Amtsgericht	Edrich

- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -

10.2 Dem 1. Strafsenat / Senat für Bußgeldsachen sind zugewiesen:

10.2.1 die Strafsachen, Ordnungswidrigkeiten- und Strafvollzugssachen des Bezirks einschließlich der Entscheidungen des Oberlandesgerichts über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von der Justiz zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder des Vollzugs auf diesem Gebiet getroffen werden (§§ 23 ff. EGGVG);

10.2.2 die Entscheidungen des Oberlandesgerichts nach § 99 Abs. 2 Satz 1 BRAGO i. V. m. §§ 60, 61 RVG und nach § 51 Abs. 2 RVG.

11. **2. Strafsenat**  
(Kennzahl: 1002)

11.1 Besetzung:

Vorsitzende/r Richter/in am Oberlandesgericht	N.N.
Richter am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzender)	Pees
Richter am Oberlandesgericht	Schwarz

-jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

11.2 Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen:

11.2.1 die Entscheidungen des Oberlandesgerichts nach §§ 138 a, 138 c Abs. 1 Satz 1 StPO, soweit das Verfahren vor dem 1. Strafsenat anhängig ist;

11.2.2 die Entscheidungen in Wiederaufnahmeverfahren, wenn der 1. Strafsenat mit dem vorhergehenden Strafverfahren als Revisionsgericht befasst war.

12. **Zuständigkeit für nicht verteilte Geschäfte**

12.1 in allgemeinen Zivilsachen: 1. Zivilsenat,

12.2 in Familiensachen: 2. Zivilsenat als Familiensenat,

12.3 in Strafsachen: 1. Strafsenat,

12.4 im Übrigen: 3. Zivilsenat.

13. **Notarsenat**

13.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Reichling  
(Vorsitzender)

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Simon-Bach  
(stv. Vorsitzende)

Berufsrichterliche Beisitzer:

Richter am Oberlandesgericht Christoffel

Richterin am Oberlandesgericht Krämer

- jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

Ehrenamtliche Richter als Beisitzer:

Notar Regel, Schifferstadt

Notar Schneider, Wörth

Notar Dr. Schmitz, Zweibrücken

13.2 Der Notarsenat ist kraft Gesetzes zuständig für die nach der Bundesnotarordnung dem Oberlandesgericht zugewiesenen Verfahren.

14. **Verteilung der richterlichen Geschäfte innerhalb der Senate / Übergangsregelung / Zuständigkeitsabgrenzung**

14.1 Gehen Berufungen gleichzeitig ein, die in die Zuständigkeit desselben Senats fallen, gilt für die Reihenfolge der Eintragungen die alphabetische Reihenfolge des Anfangsbuchstabens des Nachnamens des Berufungsgegners, bei mehreren des an erster Stelle stehenden.

Bei Berufungen gegen Firmen, die einen Familiennamen oder eine Orts- oder Gebietsbezeichnung enthalten, ist diese(r) maßgebend, nicht der Vorname oder ein sonstiger Zusatz (wie "Gebrüder", " Frau", "Witwe" oder "Gesellschaft"); im Übrigen geht bei zusammengesetzten Bezeichnungen der Eigename dem Gattungsname, die speziellere Bezeichnung der allgemeinen vor. Bei Berufungen gegen eine Insolvenzmasse ist maßgebend der Name des Insolvenzverwalters, bei Nachlassverwaltungen der Name des Verwalters, bei Testamentsvollstreckung der Name des Testamentsvollstreckers, bei jeder gesetzlichen Vertretung der Name des Vertretenen, bei Berufungen gegen Behörden der Name der Behörde. Gehen zugleich mehrere Berufungen gegen Parteien mit demselben Namen ein, so sind die Anfangsbuchstaben von deren Vornamen und bei gleichen Vornamen der Anfangsbuchstabe des Nachnamens des Berufungsklägers maßgebend.

Die Feststellung, ob Berufungen „nicht gleichzeitig“ eingegangen sind, richtet sich hinsichtlich der Eingänge eines einheitlichen Postlaufs bei der Geschäftsstelle in der nachstehenden Reihenfolge nach

a) **dem Tag und der Uhrzeit des Eingangs** bei dem Oberlandesgericht, soweit sich beide Daten auf der Berufungsschrift oder einer mit ihr übermittelten Anlage feststellen lassen (z. B. Fax-Protokoll über die elektronische Einreichung), und

b) **dem Tag des Eingangs** bei dem Oberlandesgericht.

Im Übrigen sind alle Berufungen, die bei der Geschäftsstelle anlässlich eines einheitlichen Postlaufs eingehen, als gleichzeitig eingegangen anzusehen.

Der Berufung stehen die Beschwerde und sonstige Rechtsbehelfe gleich. Dem Berufungsbeklagten stehen Beschwerdegegner, Gegner der weiteren Be-

schwerde und Ähnliches gleich. Gleiches gilt für den Berufungskläger. Abweichend hiervon richtet sich beim 3. Zivilsenat die Reihenfolge der Eintragungen immer nach dem Beschwerdeführer, wobei für die Festlegung der Reihenfolge das oben Gesagte entsprechend gilt.

- 14.2 Unbeschadet der vorstehenden Zuweisungen verbleibt es im Übrigen für die am 31.12.2019 anhängigen Verfahren bei der bisherigen Zuständigkeit. Dies gilt auch für die nach dem 31.12.2019 wieder aufgenommenen Berufungs- und Beschwerdeverfahren, unabhängig von der Dauer des Nichtbetreibens.
- 14.3 Die Geschäfte werden unter den Senaten nach Sachgebieten, nach Kammern der Landgerichte bzw. in den von den Familiengerichten entschiedenen Sachen nach Amtsgerichten und Abteilungen der Amtsgerichte oder nach der Art des Rechtsmittels aufgeteilt.
- 14.4 Jeder Zivilsenat ist im Rahmen seiner Zuständigkeit auch für alle Verfügungen und Beschlüsse - insbesondere für Bewilligung der Prozesskostenhilfe, Erlass von Arresten und einstweiligen Verfügungen - sowie Beschwerden und sonstigen Eingaben zuständig, soweit nicht die Entscheidung einem anderen Senat übertragen ist.
- 14.5 Die Zuständigkeit der Zivilsenate in Spezialzuständigkeiten bestimmt sich nach dem Schwerpunkt des Streits in der Berufungsinstanz und umfasst auch wegen desselben Sachverhaltes mitverklagte Streitgenossen.
- 14.6 Ist ein Zivilsenat für bestimmte Rechtsgebiete zuständig, umfasst diese Zuständigkeit auch Rechtsstreitigkeiten, die
- a) Honorarforderungen von Rechtsanwälten und Patentanwälten oder
  - b) Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte und Patentanwälte

zum Gegenstand haben und auf Tätigkeiten in solchen Rechtsgebieten beruhen. Dies gilt auch für Regressketten.

Gleiches gilt für Ansprüche von Notaren oder gegen Notare aus deren amtlicher Tätigkeit.

In Familiensachen ist für entsprechende Rechtsstreitigkeiten der 2. Zivilsenat zuständig.

- 14.7 Wäre für eine Haftungs- oder Honorarstreitigkeit im Sinne von Ziffer 14.6 Buchstabe a) und b) nach dieser oder nach allgemeiner Verteilung ein Senat berufen, bei welchem eine der Streitigkeit zugrunde liegende Sache anhängig war und für die Instanz erledigt worden ist, so tritt an seine Stelle der gemäß Ziffer 15 zur Vertretung in erster Linie berufene Zivilsenat, im Falle von Ziffer 15.2.4 jedoch der 1. Zivilsenat.
- 14.8 Bei Rechtsmitteln gegen Neben- oder Zwischenentscheidungen (z.B. Ordnungsmittelbeschlüsse gemäß § 178 GVG, nicht § 890 ZPO, s.o. 3.2.5) ist - vorbehaltlich besonderer Zuweisung (z.B. bei Richterablehnung gem. 3.2.3) - der Charakter der Hauptsache maßgebend.
- 14.9 Gelangt derselbe Rechtsstreit (etwa nach Aufhebung und Zurückverweisung, auch bei Berufungen gegen ein Teilurteil) mehrfach an das Oberlandesgericht, bleibt der Senat zuständig, der für die erste Entscheidung in der Hauptsache zuständig gewesen ist. Dies gilt nicht, wenn die Sache nunmehr in die Zuständigkeit eines Spezialsenats fällt oder es sich bei dem ursprünglich zuständig gewesenen Senat nunmehr um einen ausschließlich anderweit zuständigen Spezialsenat handelt.
- 14.10 Im Falle der Wiederaufnahme eines Verfahrens (§§ 578 ff. ZPO) ist derjenige Senat zuständig, bei dem das geschlossene Verfahren anhängig war. Dies gilt nicht, wenn die Sache nunmehr in die Zuständigkeit eines Spezialsenats fällt oder es sich bei dem ursprünglich zuständig gewesenen Senat nunmehr um einen ausschließlich anderweit zuständigen Spezialsenat handelt.

- 14.11 Zivilverfahren, die vom Bundesgerichtshof zurückgelangen und einem der im Einzelnen aufgeführten besonderen Rechtsgebiete zuzurechnen sind, fallen in die Zuständigkeit des jeweiligen Spezialsenats. Im Übrigen ist für Sachen, die vom Bundesgerichtshof zurückgelangen, der Senat zuständig, der die mit dem Rechtsmittel angefochtene Entscheidung erlassen hat. Dies gilt nicht, wenn es sich bei diesem Senat nunmehr um einen ausschließlich anderweit zuständigen Spezialsenat handelt.
- 14.12 Mit Eintritt in einen Termin zur mündlichen Verhandlung, Herausgabe einer Mitteilung nach § 522 Abs. 2 Satz 2 ZPO, eines Beweisbeschlusses nach § 358 a ZPO oder Entscheidung über ein Prozesskostenhilfegesuch des Berufungsführers durch einen Senat ist die Zuständigkeit dieses Senats begründet; eine Abgabe der Sache an einen anderen Senat ist nicht mehr zulässig. Dies gilt nicht in den Fällen des § 119 a GVG.
- 14.13 Zu Entscheidungen über spruchkörperübergreifende Prozessverbindungen nach § 147 ZPO ist der Senat berufen, dem das erste zu verbindende Verfahren zugewiesen wurde; im Falle des gleichzeitigen Eingangs entscheidet der Senat mit der niedrigsten Ordnungsziffer.
- 14.14 Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Auslegung der durch vorliegenden Präsidiumsbeschluss geregelten Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium. Der Senat, dessen Übernahmeersuchen von einem anderen Senat abgelehnt worden ist, legt die Sache dem Präsidenten des Oberlandesgerichts zur Weiterleitung an das Präsidium vor. Dies gilt nicht für Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit eines Spezialsenats nach § 119 a GVG. Insoweit greift Ziff. 3.2.2.
15. **Vertretung der Richter**
- 15.1 Innerhalb der Senate werden verhinderte Mitglieder nach einer durch Beschluss aller dem Senat angehörenden Richter für das Geschäftsjahr zu bestimmenden Reihenfolge vertreten.
- 15.2 Falls ein Senat nicht mehr beschlussfähig ist, werden



- 15.2.1 die Beisitzer des 1. Zivilsenats durch die Beisitzer des 5., 7., 4., 6., 3., 2., 8. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.2 die Beisitzer des 2. Zivilsenats durch die Beisitzer des 6., 5., 8., 3., 4., 1., 7. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.3 die Beisitzer des 3. Zivilsenats durch die Beisitzer des 8., 7., 6., 5., 1., 2., 4. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.4 die Beisitzer des 4. Zivilsenats durch die Beisitzer des 3., 1., 5., 8., 7., 2., 6. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.5 die Beisitzer des 5. Zivilsenats durch die Beisitzer des 1., 7., 3., 4., 8., 6., 2. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.6 die Beisitzer des 6. Zivilsenats durch die Beisitzer des 2., 5., 7., 3., 8., 1., 4. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.7 die Beisitzer des 7. Zivilsenats durch die Beisitzer des 4., 1., 2., 6., 3., 5., 8. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.8 die Beisitzer des 8. Zivilsenats durch die Beisitzer des 7., 5., 3., 6., 1., 2., 4. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.9 die Beisitzer des 9. Zivilsenats durch die Beisitzer des 8., 3., 4., 7., 1., 5., 2., 6. Zivilsenats
- 15.2.10 die Beisitzer des 1. Strafsenats durch die Beisitzer des 2. Strafsenats sowie des 4., 5., 6., 8., 1., 2., und 3. Zivilsenats,
- 15.2.11 die Beisitzer des 2. Strafsenats durch die Beisitzer des 3., 4., 5., 6., 8., 2. und 1. Zivilsenats in der angegebenen Reihenfolge vertreten.

- 15.2.12 Wird ein Senat durch Ausfall von geschäftsplanmäßigen Beisitzern beschlussunfähig und sind keine Vertreter namentlich bestimmt, treten die Mitglieder des Vertretungssenats in der Reihenfolge ihres Dienstalters, beginnend mit dem dienstjüngsten Richter, in den von dem Ausfall betroffenen Senat ein. Dabei ist die Bestimmung des § 29 DRiG zu beachten.

Steht im Fall der Verhinderung des Vorsitzenden bei einem Senat ein gemäß § 21 f Abs. 2 GVG zu dessen Vertretung berufenes ständiges Mitglied des Senats nicht zur Verfügung, übernimmt das gemäß § 21 f Abs. 2 GVG zur Vertretung des Vorsitzenden berufene planmäßige Mitglied des Vertretungssenats den Vorsitz. Ist auch dieses verhindert, ist das nach dem Dienstalter nächstberufene Mitglied des Vertretungssenats zuständig.

Im Falle der Beschlussunfähigkeit eines weiteren Vertretungssenats gelten die vorgenannten Bestimmungen entsprechend.

Falls sämtliche Beisitzer verhindert sind, sind die Vorsitzenden Richter der anderen Senate, ebenfalls in der umgekehrten Reihenfolge des Dienstalters, hilfsweise des Lebensalters, zur Vertretung berufen. Den Vorsitz führt dann der dienstälteste Vorsitzende.

- 15.2.13 Während eines eingerichteten Bereitschaftsdienstes wird - ab Beschlussfassung - bei der Heranziehung eines Vertreters nicht zwischen Vorsitzenden Richtern und Beisitzern unterschieden.

- 15.2.14 Führt die obige Vertretungsregelung dazu, dass bei einer Entscheidung zwei beim Pfälzischen Oberlandesgericht nicht planmäßige Richter mitwirken, so tritt an die Stelle des zur Vertretung berufenen außerplanmäßigen Richters der nächstberufene Vertreter. Sind zwei nicht planmäßige Richter als Vertreter berufen, tritt der nächstberufene Richter an die Stelle des zuletzt als Vertreter berufenen nicht planmäßigen Richters.

- 15.2.15 Richter am Oberlandesgericht Prof. Dr. Spannowsky und Richter am Oberlandesgericht Prof. Dr. Hassemer haben keine Vertretungsaufgaben.

16. **Güterichter**

Güterichter im Sinne des § 278 Abs. 5 ZPO sind:

VROLG Geisert,  
RinOLG Geib-Doll und  
RinOLG Bastian-Holler.

Der ersuchende Richter leitet die Akte mit der Einverständniserklärung der Parteien der Güterichtergeschäftsstelle (Geschäftsstelle des 1. Zivilsenats) zu.  
Diese verteilt die Verfahren wie folgt:

VROLG Geisert	Endziffern 1,4,7,0
RinOLG Geib-Doll	Endziffern 2,5,8
RinOLG Bastian-Holler	Endziffern 3,6,9

Im Falle einer namentlichen Benennung des/der Güterichters/in wird dieser im nächsten Turnus um einen Eingang entlastet.

ROLG Landes ist an der Mitwirkung wegen Krankheit gehindert.

T h u r n

B u r g e r

G e i b – D o l l

K r a t z

P o h l i t

S ü s

Beglaubigt

Justizhauptsekretärin